

Donnerstag, 17. März 2022 Schleswig Holstein

Digitalpakt: Anlauf mit Schwierigkeiten

Von 170 Millionen Euro sind erst sechs Prozent ausgegeben – Kritik an komplizierten Antragsverfahren

Von Anne Holbach



Kiel. Die Freude an Schulen ist immer groß, wenn Bildungsministerin Karin Prien (CDU) einen Förderbescheid mitbringt. So wie gestern an die Regionalen Berufsbildungszentren Wirtschaft und Königsweg in Kiel, die zwei Millionen Euro für bessere digitale Infrastruktur erhalten. Das ist für die einzelnen Schulen viel Geld, aber nur ein Bruchteil der insgesamt 170 Millionen Euro, die Schleswig-Holstein aus dem Basis-Digitalpakt Schule zur Verfügung stehen. Davon ist bislang eher wenig angekommen. Laut Bundesbildungsministerium wurden bis Ende 2021 lediglich 9,8 Millionen Euro aus dem Norden abgerufen – weniger als sechs Prozent der Gesamtsumme.

Immerhin 31,2 Millionen Euro wurden bis zum 31. Dezember bewilligt. Damit waren rund 18 Prozent der Mittel, die dem Land zustehen, gebunden. Zum Vergleich: Ende 2020 waren erst rund sieben Millionen Euro fest für Projekte zugesagt. Das Land hat also einen Sprung ge-

macht, landet aber dennoch im Bundesvergleich in der Schlussgruppe.

Nur Bayern (16,9 Prozent) und das Saarland (9,9 Prozent) erreichen eine niedrigere Quote. Hamburg landet mit 94,6 Prozent auf einem Spitzenplatz. Dort hängt die Schnelligkeit beim Abruf der Mittel jedoch maßgeblich damit zusammen, dass im Stadtstaat das Land gleichzeitig der Hauptschulträger ist.

„Jeder Euro, der nicht abgerufen wird, ist eine verpasste Chance“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Gyde Jensen (FDP). Dass der Norden hinterherhinke, lasse vermuten, dass die Bildungsministerin es versäumt habe, „unkomplizierte und vor allem unbürokratische Antragsverfahren“ auf den Weg zu bringen. „Da sollte also schnellstmöglich nachgebessert werden.“

[Die Opposition im Landtag hatte bereits im vergangenen Jahr eine radikale Vereinfachung der Verfahren gefordert.](#) Prien versprach, die Prozesse zu verschlanken. Sie seien auch vereinfacht worden, sagt eine Sprecherin: „Wir als Ministerium haben unsere Hausaufgaben gemacht.“ Zudem biete das Land den Schulen und Schulträgern eine umfassende Unterstützungsinfrastruktur.

Bisher wurden demnach 345 Anträge gestellt, davon seien bereits 249 bewilligt. Bis zum Monatsanfang stieg die Summe der ausgezahlten Gelder auf 13,3 Millionen Euro.

„Manches wurde verbessert“, sagt der Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Gemeindetags, Jörg Bülow und nennt „Fast-Track-Anträge“, die es einfacher machen, an Gelder für WLAN-Infrastruktur zu kommen.

Für die bildungspolitische Sprecherin des SSW ist nicht genug passiert. „Das Antragsverfahren ist so überbordend bürokratisch, dass man fast meinen könnte, das Geld soll gar nicht in die Schulen“, sagt Jette Waldinger-Thiering. Berge von Papier seien notwendig, um Anschaffungen bildungspädagogisch und technisch zu begründen. „Dafür haben Schulen meist weder das Personal noch die Expertise.“ Als zu hoch empfindet sie zudem den Eigenanteil von 15 Prozent, den die Schulträger aufbringen müssen. In anderen Ländern liege dieser nur bei zehn

Prozent. „Da muss man sich nicht wundern, dass die Mittel im Norden so schleppend abfließen.“

Auch Martin Habersaat (SPD) sagt mit Hinweis auf den hohen Eigenanteil, kein Bundesland sei mit den Schulträgern so „unfreundlich“ umgegangen wie Schleswig-Holstein: „Besser wären erstens eine Beteiligung des Landes und zweitens ein Ausrollen erfolgreicher Konzepte auf das ganze Land gewesen.“ Die nachträgliche Verschlankung des Verfahrens sei zu spät gekommen.

Zeit, Anträge abzugeben, ist noch bis zum 31. Dezember. Die verlängerte Frist sei ein ausdrücklicher Wunsch der Kommunen gewesen, so das Ministerium, weil insbesondere kleinen Schulträgern oft Personal für die Beantragung fehle. „Da für die Anträge viele Dokumente zu sammeln sind, dürften viele Kommunen den Antrag im Verfahren so spät wie möglich eingeplant haben und finanzieren bis dahin den Digitalpakt vor. Bis dahin aber wird fleißig gebaut und angeschafft“, so Bülow. Daher sage der Mittelabfluss wenig über den Fortschritt aus. Sorge, dass der Fördertopf nicht ausgereizt wird, hat er nicht: Er ist zuversichtlich, dass bis zum Jahresende genug Anträge vorliegen.